

Datum: 19.02.2018

**An die Bezirksbürgermeisterin/den Bezirksbürgermeister als Vorsitzende(r) der
Bezirksvertretung Jöllenbeck**

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Jöllenbeck	01.03.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Weichen für ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Stadtteil Jöllenbeck stellen
und die notwendigen Gespräche vorbereiten**

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung erinnert an den Beschluss vom 01.02.2007 und beschließt erneut die Verwaltung aufzufordern, die Weichen für ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Stadtteil Jöllenbeck zu stellen und die notwendigen Gespräche vorzubereiten.

Der Beschluss lautete wie folgt:

"Die Bezirksvertretung Jöllenbeck entwickelt gemeinsam mit dem Beirat für Stadtgestaltung für den Ortsteil Jöllenbeck im Stadtbezirk ein städtebauliches Gesamtkonzept. Das Konzept soll eine langfristige abgestimmte und zielgerichtete Entwicklung des Ortsteils gewährleisten. Dabei soll sichergestellt werden, wie in Jöllenbeck gebaut werden soll (Form und Farbe), wie die Ortsmitte zu definieren ist und in welche Richtungen sich der Stadtbezirk weiterentwickeln soll.

Das Konzept soll entwickelt werden bevor neue Bebauungspläne aufgestellt bzw. verabschiedet oder Änderungen im Flächennutzungsplan vorgenommen werden.

Es ist eine grundlegende Planungsvorstellung zu schaffen, nach der künftig vorzugehen ist und eine Gesamtvision für die Zukunft des Stadtbezirks darstellt"

Begründung:

Die Ausweitung von Wohn- und Gewerbeflächen im Stadtteil ist wünschenswert, weil so auch die Infrastruktur des Stadtteils gestärkt wird.

Es ist aber wichtig für die Transparenz und die strategische Ausrichtung der Stadtplanung die Ziele im Stadtteil offenzulegen. So können Bürger, Politik und Verwaltung sichtbar an einem Ziel arbeiten. Dabei muss deutlich werden, wie und wo in Zukunft entwickelt werden soll und wie die Infrastruktur aufgebaut sein soll (Schulen, Kitas, Ärzte, Apotheken Einkaufen, etc.).

Die jüngste Kritik des Beirats für Stadtgestaltung an der fehlenden Einbindung in die Stadtentwicklung zeigt ebenfalls die Notwendigkeit des Konzeptes.

Gerade die Diskussionen der letzten Monate zu neuen Baugebieten hat gezeigt, dass die Bürger nur unzureichend mit den Zielen von Politik und Verwaltung vertraut sind. Und auch die Koordination und Transparenz zwischen Politik und Verwaltung ist ausbaufähig (z.B. in der Kita- und Schulplanung).

Unterschrift:

gez.
Gregor vom Braucke